

Pressemitteilung 02/2026

Magdeburg, 01.10.2026

Pflegefachassistenz in Sachsen-Anhalt: Start erst 2028 – VDP kritisiert verspätete Umsetzung durch das Land

Die Einführung der neuen bundeseinheitlichen Pflegefachassistentenausbildung in Sachsen-Anhalt verschiebt sich um ein Jahr. Statt wie bislang angekündigt zum 1. August bzw. 1. September 2027 soll die Ausbildung nun erst 2028 starten. Das hat das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung mit Schreiben vom 22. September 2026 mitgeteilt.

Für den Verband Deutscher Privatschulen Sachsen-Anhalt e. V. (VDP Sachsen-Anhalt) ist diese Entwicklung ausgesprochen enttäuschend und wirft erhebliche Fragen zur Umsetzung und Planung des Landes auf.

„Über Monate wurde den Schulträgern vermittelt, dass die neue Pflegefachassistentenausbildung im Jahr 2027 starten wird. Die Schulen haben sich darauf eingestellt, Strukturen vorbereitet, Ressourcen gebunden und mit den Planungen für die Gewinnung von Auszubildenden begonnen. Dass nun knapp ein Jahr vor dem vorgesehenen Start mitgeteilt wird, dass die Einführung nicht möglich ist, ist für uns nicht nachvollziehbar.“, erklärt Frau Langhoff-Rossol, Rechtsanwältin und juristische Referentin des VDP Sachsen-Anhalt.

Besonders kritisch ist aus Sicht des Verbandes, dass sowohl das Ministerium für Bildung als auch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung bestätigten, dass der Ausbildungsstart 2027 das Ziel beider Ministerien war. Gleichzeitig konnten die hierfür erforderlichen landesrechtlichen Regelungen bislang nicht beschlossen bzw. angepasst werden. Insbesondere fehlt nach Angaben der Ministerien die notwendige Rechtsgrundlage für die Finanzierung der Pflegefachassistentenausbildung im Jahr 2027.

„Das ist besonders schwer verständlich, weil der Start der neuen Ausbildung erst für den Herbst 2027 vorgesehen und spätestens seit Ende 2025 hinlänglich bekannt war, dass die Pflegefachassistentenausbildung 2027 starten wird, auch hat der VDP Sachsen-Anhalt mehrfach seine Unterstützung bei der Einführung und Umsetzung des Pflegefachassistenteneinführungsgesetzes und der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung Pflegefachassistenz angeboten. Fer-

ner erfolgten bereits im Mai die Verhandlungen zu den Ausbildungsbudgets. Wenn es dem Land trotz des zeitlichen Vorlaufs und der immer noch verbleibenden Monate bis zum ursprünglich geplanten Start der Ausbildung nicht gelingt, die notwendigen rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen rechtzeitig zu schaffen, werden die Folgen erneut von den Schulträgern zu stemmen sein. Die Schulen haben die Verzögerung weder verursacht noch zu verantworten.“, so weiter Frau Langhoff-Rossol.

Der VDP Sachsen-Anhalt sieht darin auch ein fatales Signal für die Gewinnung dringend benötigter Nachwuchskräfte in der Pflege. Potenzielle Auszubildende brauchen frühzeitig Klarheit darüber, welche Ausbildung sie beginnen können. Unklare Perspektiven und kurzfristige Änderungen erschweren die ohnehin schwierige Nachwuchsgewinnung zusätzlich. Hinzu kommt, dass direkt an Sachsen-Anhalt angrenzende Bundesländer bereits im kommenden Jahr mit der Pflegefachassistentenausbildung starten und damit zu befürchten ist, dass potenzielle Auszubildende in diese Länder abwandern werden.

Positiv bewertet der VDP, dass das Ministerium nun ausdrücklich mitteilt, dass die bisherigen Pflegehilfe- und Krankenpflegehilfeausbildungen auch 2027 noch begonnen werden können. Diese sollen erst mit dem Start der bundeseinheitlichen Pflegefachassistentenausbildung im Jahr 2028 abgelöst werden.

Damit ist aus Sicht des Verbandes zumindest für das kommende Ausbildungsjahr eine Übergangslösung geschaffen. Nun müsse das Land allerdings sicherstellen, dass sich die Geschichte nicht wiederholt. Frau Langhoff-Rossol äußerte hierzu: *„Für die Schulträger braucht es jetzt Verlässlichkeit. Wir erwarten deshalb, dass die noch ausstehenden rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für den Start 2028 mit höchster Priorität geschaffen werden. Die Schulen dürfen nicht erneut wenige Monate vor dem Ausbildungsbeginn mit wesentlichen offenen Fragen konfrontiert werden.“*

Der VDP Sachsen-Anhalt fordert daher eine transparente Kommunikation des Landes über den weiteren Zeitplan, die noch erforderlichen Rechtsänderungen sowie die Finanzierung der neuen Ausbildung.

Der VDP Sachsen-Anhalt vertritt als konfessionell und politisch neutraler Berufsverband die Interessen von allgemein- und berufsbildenden Schulen in freier Trägerschaft sowie von privaten Erwachsenenbildungsdienstleistern in Sachsen-Anhalt. Ihm gehören aktuell 99 Träger derartiger Bildungseinrichtungen mit mehr als 200 Niederlassungen an.

Für Rückfragen wenden Sie sich gern an:

Kristin Langhoff-Rossol, Rechtsanwältin und juristische Referentin

Tel.: 0391/7319160

E-Mail: VDP.LSA@t-online.de

www.vdp-sachsen-anhalt.de